



NEWSLETTER 03/2021

# FORUM | MIGRATION



## Doch keine Diversity-Quote

**Der Berliner Senat hatte eine Diversity-Quote von 35 Prozent für Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst angekündigt. Auch Gewerkschafter\_innen sprachen sich mit einem Brief eindringlich für das Vorhaben aus. Doch nach koalitionsinterner Kritik wurden die Pläne jetzt aufgegeben.**

Die linke Berliner Integrationsssenatorin Elke Breitenbach hatte im Dezember einen Gesetzentwurf vorgelegt, um künftig Bewerber\_innen mit Migrationshintergrund bei gleicher Qualifikation bevorzugt einzustellen, bis ihr Anteil in einer Behörde jenem in der Berliner Gesamtbevölkerung entspricht. Zurzeit liegt der Anteil von Menschen mit ausländischen Wurzeln in den Berliner Landesbehörden bei etwa 12 Prozent – in Berlin insgesamt sind es rund 35 Prozent. Gewerkschafter\_innen von IG Metall, IG BAU, GEW und ver.di hatten Breitenbach in einem offenen Brief unterstützt. „Wir kennen unzählige Geschichten von Bekannten, Freunden und Kolleg\_innen, die aufgrund ihrer Erfahrungen zum Schluss gekommen sind, dass sie auch in unserer weltoffenen Stadt nicht die gleichen Chancen haben“, heißt es in dem Schreiben. „Die sagen, dass

man als Migrant doppelt so gut sein muss und keine Fehler machen darf.“ Die Verfasser\_innen begrüßten, dass sich die Vielfalt in der Stadt künftig in gleicher Weise in der öffentlichen Verwaltung abbilden und Teilhabe- und Chancengerechtigkeit „nicht mehr nur sehr schöne Worte in Wahlprogrammen“ sein sollten.

Doch Anfang Februar kritisierte der Berliner SPD-Innensenator Andreas Geisel eine solche Quote als „verfassungswidrig“. „Über das Ziel, mehr Menschen mit Migrationshintergrund und ‚People of Color‘ in den öffentlichen Dienst zu bringen“, bestehe allerdings „vollkommene Einigkeit“, sagte Geisel weiter. Statt einer festen Quote sollen im neuen Berliner Partizipations- und Migrationsgesetz nun „Förderpläne und Zielvorgaben für alle öffentlichen Stellen des Landes Berlin“ eingeführt werden, um den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte zu erhöhen. „Darüber muss Rechenschaft abgegeben werden“, sagt Berlins Integrationsbeauftragte Katarina Niewiedzial dem Neuen Deutschland.

 Informationsseite zum Berliner Partizipationsgesetz:  
<https://bit.ly/37HwY1H>

### INHALT 03/2021

Doch keine Diversity-Quote .....	1
LKW-Fahrer_innen: Schutzlos in der Pandemie .....	2
49 Vorhaben für den Zusammenhalt .....	2
Corona: Deutlich weniger Migration in der EU, deutlich weniger Familiennachzug nach Deutschland .....	2
News + Termine .....	3
Die Wanderarbeiter organisieren – Kommentar von Thomas Hentschel, Geschäftsführer PECO-Institut e.V./ IG BAU .....	4



# LKW-Fahrer\_innen: Schutzlos in der Pandemie

**ForumMigration:** Herr Wahl, sie beklagen, dass sich die Situation von LKW-Fahrer\_innen seit Beginn der Corona-Pandemie nicht verbessert hat. Was bedeutet das konkret?

**Michael Wahl, Faire Mobilität:** Die meist aus Osteuropa stammenden Fahrer haben wegen flächendeckender Missachtung ihrer Rechte kaum Möglichkeiten, Hygienemaßnahmen einzuhalten oder lange Ruhepausen wie vorgeschrieben außerhalb ihres LKW zu verbringen. Wir beobachten, dass Fahrer\_innen teils wochen- oder gar monatelang unterwegs sind. Der Zugang zu sanitären Einrichtungen ist für sie dabei oft eine Katastrophe. Und mit Verweis auf die Pandemie wurden vielen die Spesen gekürzt. So werden die Fahrer\_innen um den Mindestlohn betrogen.

Wie funktioniert das genau?

Die Entsende-Richtlinie gilt natürlich auch für den Transportsektor. Das bedeutet, dass in Deutschland eingesetzte Fahrer\_innen für ihre Zeit unter anderem den hier geltenden Mindestlohn bekommen müssten. Vor allem osteuropäische Speditionen zahlen den ebenfalls osteuropäischen Fahrer\_innen jedoch oft nur einen Grundlohn von 300

bis 600 Euro. Der Rest wird als Spesen ausgezahlt. Dabei wird so getan, als ob so der Mindestlohn erreicht würde. Das ist aber illegal. Die Spesen bräuchten die Fahrer eigentlich für Essen, Duschen, Übernachtungen. Sie müssen es aber sparen, weil sie sonst nicht genug verdienen. Teils stehen 80 LKW auf Raststätten mit nur drei Duschkabinen – sofern diese überhaupt geöffnet sind. Das „Mobility Package“ der EU hat an alledem leider gar nichts geändert.

Welche Rolle spielt dabei Corona?

Seit Beginn der Pandemie werden immer neue Ausnahmen gemacht, um den Arbeitgebern entgegenzukommen und den Warenverkehr am Laufen zu halten. Corona-Schutzmaßnahmen für die Fahrer gibt es aber praktisch keine.

Nur ein Beispiel: Die Anlagen des Sanifair-Netzwerks auf den Raststätten waren zu Beginn der Pandemie für ein paar Wochen gratis zugänglich. Seither muss wieder zahlen, wer sich dort die Hände waschen will. Die LKW-Fahrer\_innen sind darauf oft über lange Zeit angewiesen, können sich das aber nicht leisten. In den Logistikstandorten steht ein bisschen Desinfektionsmittel

bereit, aber selbst dort ist es für die Fahrer\_innen schwierig, sich die Hände zu waschen. Alle Tricksereien, die wir vor der Pandemie und dem „Mobility Package“ der EU gesehen haben, setzen sich weiter fort. Es ist genau wie in der Fleischindustrie: Das Recht wird gebrochen und zwar nonstop.

Warum ist es so schwierig, dagegen vorzugehen?

Der Zoll müsste all diese Verstöße aufdecken und ahnden. Das geschieht aber nicht und es ist mir ein Rätsel, weshalb. Hinzu kommt, dass osteuropäische Spediteure zunehmend Fahrer\_innen aus Ländern außerhalb der EU, etwa Kasachstan oder der Ukraine einstellen. Die sind erstmal froh, wenn sie 60 Euro am Tag bekommen und wissen so gut wie nichts über ihre Rechte. Wenn sie versuchen würden, diese einzufordern, wird ihnen sofort gekündigt – und dann ist das EU-Arbeitsvisum automatisch weg, denn das ist an einen konkreten Arbeitsvertrag geknüpft.

 Michael Wahl ist Mitarbeiter der Beratungsstelle Faire Mobilität in Berlin:  
<https://www.faire-mobilitaet.de>

## 49 Vorhaben für den Zusammenhalt

**Die Bundesregierung hat die „abschließenden Erklärungen“ zum „Nationalen Aktionsplan Integration“ verabschiedet.**

In der letzten Phase des 2012 beschlossenen Maßnahmenpakets sollen unter anderem Museen gefördert werden, die zeigen, dass Deutschland seinen kulturellen Reichtum auch Eingewanderten zu verdanken hat. Insbesondere das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland

in Köln, das Auswandererhaus in Bremerhaven, das Museum Friedland und das Auswanderermuseum Ballinstadt in Hamburg sollen von Zuwendungen profitieren.

Ein weiteres Kernvorhaben sind Medien-Fortbildungen „für die differenzierte und sachbezogene Berichterstattung zum Thema Migration und Integration“. Menschen mit Flucht- oder Migrationserfahrung sollen unterstützt werden, im Journalismus Fuß

zu fassen. Geplant ist auch eine E-Learning-Plattform, die vom Mediendienst Integration und dem Erich-Brost-Institut für Internationalen Journalismus der TU Dortmund entwickelt werden soll. Ergebnisse des Aktionsplans sollen am 9. März auf dem 13. Integrationsgipfel von Bundeskanzlerin Merkel vorgestellt werden.

 Aktionsplan: <https://bit.ly/3bASQNC>

## Corona: Deutlich weniger Migration in der EU, deutlich weniger Familiennachzug nach Deutschland

**Erteilte Visa für den Familiennachzug unmittelbarer Angehöriger von anerkannten Flüchtlingen\***

2019	24.835
2020	12.502

**Anzahl der unerlaubten Grenzübertritte in die EU\*\***

Jan. bis Nov. 2019	ca. 126.000
Jan. bis Nov. 2020	114.130

**Asylanträge in der EU\*\*\***

Jan. bis Okt. 2019	583.000
Jan. bis Okt. 2020	390.000



## News + Termine

### Ein Jahr nach Hanau: DGB fordert Antirassismus-Klausel für die Hessische Verfassung

Am Jahrestag des rassistischen Mordanschlags von Hanau hat der DGB Hessen-Thüringen den Opfern im Rahmen einer Kranzniederlegung gedacht und die Aufnahme einer Antirassismus-Klausel in die Hessische Verfassung gefordert. „Heute gilt unser Mitgefühl vor allem den Familien der Opfer von Hanau. Wir schulden ihnen aber auch entschiedenes Handeln“, sagte der DGB Landesvorsitzende Michael Rudolph. „Wenn Hanau wirklich eine Zäsur darstellen soll, brauchen wir einen noch breiteren Konsens darüber, dass Rassismus keinen Platz in unserer Gesellschaft haben darf.“ Die Aufnahme einer Antirassismus-Klausel in die Hessische Verfassung könne einen solchen Konsens untermauern. Sie würde „ein klares verfassungsrechtliches Signal senden“, dass rassistisches Gedankengut das gesamte Gemeinwesen bedroht und zu einer „Konkretisierung der Grundlagen der wehrhaften Demokratie führen“, so Rudolph.

### Beschäftigung und Integration: Länger in Deutschland, bessere Jobs

In den ersten zehn Jahren nach Ankunft in Deutschland gleicht sich die Qualität der Beschäftigung von Migrant\_innen an die von Einheimischen zunehmend an. Das ist das Ergebnis einer neuen Analyse des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. So liege etwa der Anteil befristeter Beschäftigter, Leiharbeitender und Minijobber\_innen, die vor weniger als zehn Jahren einreisten, bei insgesamt 58 Prozent. Bei Migrant\_innen, die länger als zehn Jahre im Land leben, sinke dieser Anteil auf 30 Prozent – und komme dem Anteil unter den Beschäftigten ohne Migrationshintergrund (20 Prozent) deutlich näher. Die wenig vorteilhaften Arbeitsbedingungen spiegeln sich auch in der Wahrnehmung der Betroffenen wider, heißt es in der Untersuchung. Sie würden die Möglichkeiten nach Autonomie, kognitiven Anforderungen, Aufgabenvielfalt und Lerngelegenheiten ihrer Tätigkeit weniger positiv einschätzen als Beschäftigte ohne Migrationshintergrund.

IAB-Kurzbericht: <https://bit.ly/3skvQcm>

### Rassistischer Mord an Samuel Yeboah nach vielen Jahren aufgeklärt

Rund 30 Jahre nach einem tödlichen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim im Saarland hat die Bundesanwaltschaft wohl einen Täter ermittelt. Demnach soll ein heute 49-jähriger Rechtsextremist aus Saarlouis den Anschlag am 19. September 1991 verübt haben. Dabei wurde der 27-jährige Samuel Yeboah aus Ghana getötet und zwei weitere Menschen verletzt. Zum Zeitpunkt des Brands befanden sich 19 Menschen in dem Gebäude. Festgenommen wurde der Verdächtige nicht, für einen Haftbefehl gebe es keine Voraussetzungen.

### Fälle vervielfacht: Zweite Corona-Welle in Flüchtlingsunterkünften

In den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder für neu eingereiste Asylsuchende gab es seit Ausbruch der Pandemie insgesamt mehr als 6.000 Covid-Infektionsfälle, so der Mediendienst Integration. Derzeit sind in diesen Einrichtungen insgesamt nur rund 36.000 Personen untergebracht. In Bayern hätten sich die Infektionszahlen innerhalb von vier Monaten mehr als verdoppelt. In Hessen und in Berlin habe es im Januar mehr als dreimal so viele Fälle wie im Oktober gegeben, in Rheinland-Pfalz viermal so viele. Bereits früh hätten Forscher\_innen darauf hingewiesen, dass die Lebensbedingungen in Sammelunterkünften zu einem erhöhten Infektionsrisiko führen würden, so der Mediendienst. Abstand zu halten sei fast unmöglich. Die Bundesländer würden unter anderem mit der Quarantäne für Neuankommende auf das Problem reagieren. Gemeinschaftsräume blieben häufig geschlossen, Verhaltens- und Hygiene-Regeln seien verschärft worden. Im vergangenen Halbjahr seien zudem fast alle Bundesländer dazu übergegangen, Geflüchtete verstärkt außerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen unterzubringen. Das Motto dabei laute: „Entzerrung der Belegung“. In Brandenburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen würden beispielsweise Ferienanlagen, Reha-Kliniken, Hotels und Jugendherbergen für die Unterbringung von Geflüchteten genutzt. Fachleute sehen darin einen Grund, warum die Zahlen nicht noch stärker gestiegen sind als ohnehin.

Übersicht Mediendienst Integration: <https://bit.ly/3usOPG>

### USA lassen Asylsuchende aus Mexiko künftig einreisen

Die Regierung des neuen US-Präsidenten Joe Biden hat eine umstrittene Praxis im Umgang mit Asylbewerbern aus Zentralamerika gestoppt. Das Heimat-schutzministerium gab bekannt, dass unerlaubt in die USA gekommene Menschen, die dort Asyl beantragen, künftig nicht mehr bis zu einer Entscheidung in ihrem Verfahren nach Mexiko zurückgeschickt werden.

Siehe auch Kommentar Forum Migration 1/21

### Geheime Rüstungstreffen und Pushbacks: Kritik an EU-Grenzschutzagentur Frontex reißt nicht ab

Der Druck auf die EU-Grenzschutzagentur Frontex ist nach neuen Enthüllungen weiter angestiegen. Zuletzt hatte der ZDF-Satiriker Jan Böhmermann Frontex vorgeworfen, 2018 das EU-Parlament belogen zu haben. Dabei ging es um die Frage eines EU-Abgeordneten, der wissen wollte, ob Frontex an Treffen mit Rüstungslobbyisten teilgenommen habe. Frontex hatte daraufhin ein Treffen eingeräumt, tatsächlich habe es aber vier Treffen gegeben. Dabei präsentierten die Unternehmen

laut der von Böhmermann initiierten Webseite „Frontex Files“ unter anderem Waffen und Munition und versuchten, Einfluss auf die Politik der Agentur zu nehmen. Besonders interessiert hätten sich die EU-Grenzschützer bei den Treffen für die Sammlung, den Gebrauch und die Speicherung biometrischer Daten. Diese sollten langfristig eine Identifizierung durch Pässe überflüssig machen. Zuvor waren immer neue Berichte über illegale gewaltsame Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen, vor allem in der Ägäis bekannt geworden. Der Innenausschuss des EU-Parlaments setzte eine Sonder-Arbeitsgruppe ein, die Ende Februar ihre Arbeit aufnahm. „Es kann nicht so weitergehen, Frontex muss neu aufgestellt werden“, sagte die Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt der Funke-Mediengruppe. „Es braucht endlich eine bessere parlamentarische Kontrolle.“ Die EU habe Frontex mit „immer mehr Mitteln und Kompetenzen aufgeblasen, aber auf eine Kontrolle dieser wildwüchsigen Grenzagentur verzichtet“.

<https://frontexfiles.eu>

### Mento-Themenflyer AGG einfache Sprache

Das DGB Projekt MENTO für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt hat einen neuen vierseitigen Flyer zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz in einfacher Sprache veröffentlicht.

Download: <https://bit.ly/3sneUSv>

### Termine

#### Basisseminar: Arbeitsrecht zur Unterstützung von mobilen (grenzübergreifenden) Arbeitnehmer\_innen für Berater\_innen von mobilen Beschäftigten

16. bis 18. März 2021 (online)  
06. bis 08. Oktober 2021 (Berlin)

#### Seminar: Faire Leiharbeit für Berater\_innen von mobilen Beschäftigten

08. April 2021 (online)  
20. April 2021 (online)  
29. April 2021 (online)

#### Aufbauseminar: Arbeitsrecht für mobile Beschäftigte für Berater\_innen von mobilen Beschäftigten

13. bis 14. April 2021 (online)  
09. bis 10. November 2021 (Berlin)

#### Online-Seminar: Soziale Rechte für EU-Bürger\_innen für Berater\_innen von mobilen Beschäftigten

16. November 2021

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:  
<https://bit.ly/3kuUVyV>



# Die Wanderarbeiter organisieren



Foto: © PECO Institut e.V.

## Kommentar von Thomas Hentschel, Geschäftsführer PECO-Institut e.V./IG BAU

Die Migrationsgeschichte in der deutschen Landwirtschaft begann 1860 mit den so genannten Sachsengängern, die aus Schlesien kamen. Seitdem werden je nach politischen Machtverhältnissen immer wieder Wanderarbeitskräfte als niedrig bezahlte Arbeitskräfte in der Landwirtschaft beschäftigt. Ihr Interesse ist es, in kurzer Zeit viel Geld zu verdienen. Sie kommen in der Regel aus ärmeren Regionen Europas, ihr Verdienst in der kurzen Zeit in Deutschland ist häufig das Haupteinkommen eines Jahres. Nur wenige Saisonarbeitskräfte waren und sind in Gewerkschaften organisiert. Sie sind somit schlechten Arbeitsbedingungen und Ausbeutung oft hilflos ausgeliefert.

Mit dem ersten Bericht „Landwirtschaftliche Saisonarbeit 2001“, publiziert vom PECO-Institut e.V., machte die IG BAU die Probleme in der landwirtschaftlichen Saisonarbeit öffentlich. Seitdem fanden immer wieder Kampagnen der IG BAU mit verschiedenen Aktivistinnen auf den Feldern statt. So entstand bis 2015 das Bündnis „Initiative faire Landarbeit“, insbesondere mit dem Europäischen Verein für Wanderarbeiterfragen (EVW), den Beratungsstellen von Arbeit und Leben und Faire Mobilität.

Mit der Verbreiterung des Bündnisses konnten immer mehr Betriebe besucht werden. Die Presse wurde auf die Probleme aufmerksam und berichtete zunehmend kritisch über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der landwirtschaftlichen Saisonarbeit.

In der Corona-Pandemie schließlich traten die Probleme wie unter einem Brennglas zu Tage. Die Politik steht nun wieder vor der Herausforderung, Rahmenbedingungen unter der Pandemiesituation für die Saison 2021 festzulegen. Gleichzeitig sollten längerfristige wirkende Lösungen gefunden werden.

Die IG BAU ergriff dazu die Initiative: Anfang Februar 2021 lud sie zu einem nationalen Sozialen Dialog in

der Landwirtschaft ein. Politik, Gewerkschafter und Arbeitgeber legten ihre Positionen dar und diskutierten hart, aber sachlich. Die Konfliktpunkte konnten herausgearbeitet werden. Nun kommt es darauf an, für die einzelnen Probleme Lösungen zu finden und sie dann auch politisch und rechtlich durchzusetzen.

Ein wichtiges Thema dabei ist der Arbeitsvertrag und die Registrierung der Beschäftigten. Notwendig sind Systeme, die die Arbeitszeit am jeweiligen Arbeitsort fair und fälschungssicher dokumentieren. So können die Beschäftigten jederzeit ihren Lohnanspruch prüfen.

Wichtig ist auch die Erfassung der Saisonbeschäftigten bereits am ersten Tag der Arbeitsaufnahme mit Meldung an die Sozialversicherung. So liegen zum Beispiel bei der Berufsgenossenschaft, der Sozialversicherung für die Land- und Forstwirtschaft (SVLFG) sämtliche Betriebsdaten vor. In Zeiten der Digitalisierung dürfte es kein Problem sein, mit ein paar Mausklicks die Daten sicher zu melden. Damit gäbe es einen Überblick, wie viele Beschäftigte in der Saisonarbeit tätig sind. In einem Pandemiefall kann sofort reagiert und entsprechende Schutzmaßnahmen eingeleitet werden.

Gerade in der Landwirtschaft wird von den Unternehmen ständig über den Stand der Digitalisierung philosophiert. Die entsprechenden digitalen Monitoringsysteme sind vorhanden – sie müssen nur im Interesse der Beschäftigten, unter Einbeziehung der Sozialpartner angewendet werden.

Ein weiteres Problem ist die schlechte Krankenversicherungssituation der Wanderarbeitskräfte. Entweder sind sie im Entsendeland weiter krankenversichert, oder die deutschen Unternehmen schließen eine preiswerte private Kranken-Reiseversicherung ab. Doch so entsteht ein intransparentes System. Oftmals wissen die Beschäftigten nicht, wie sie im Krankheitsfall abgesichert sind.

Kürzlich recherchierte der Europäische Verein für

Wanderarbeiterfragen, dass ein Kollege nach einem während der Arbeitszeit erlittenen Herzinfarkt auf den Krankenhauskosten sitzen geblieben ist. Hier muss dringend ein für die Beschäftigten transparentes, gesetzliches Versicherungspaket verbindlich eingeführt werden.

Unverständlich ist auch immer noch die mangelnde staatliche Kontrolle der gesetzlichen und sozialpartnerschaftlichen Regelungen. Gut wirtschaftende Unternehmen, müssen ein Interesse an einer guten Kontrolle haben, denn die Nichteinhaltung von Regeln führt zu Wettbewerbsverzerrungen. Jeder demokratische Politiker, der den Rechtsstaat befürwortet, muss auch dafür eintreten, dass die Ordnungskräfte ausreichend und gut ausgestattet werden.

Doch es reicht nicht, wenn bei ermittelten Verstößen Bußgelder ausgesprochen werden. Damit bekommen die Beschäftigten nicht ihren vorenthaltenen Lohn. Auch hier ist Transparenz notwendig. Wie viele Kontrollen wurden in der Landwirtschaft durchgeführt? Wie hoch sind die Strafen?

Mit dem begonnenen Sozialen Dialog ist ein erster Schritt gemacht. Dazu will die IG BAU sich mit einem neuen Beitragsmodell stärker den Wanderarbeitskräften zuwenden. Es kommt darauf an, sie zu organisieren, damit sie ihre Rechte besser vertreten können und gute Hilfestellungen zur Selbsthilfe erhalten.

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.  
Vorsitzende: Elke Hannack  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber  
Koordination: Michaela Dälken  
Redaktion: Christian Jakob, Berlin  
Layout/Satz: ideaal, Essen  
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.  
Bereich Migration & Gleichberechtigung  
Franz-Rennefeld-Weg 5  
40472 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 88  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
migration@dgb-bildungswerk.de  
www.migration-online.de

